

## Inhaltsprotokoll

## Öffentliche Sitzung

### **Ausschuss für Engagement, Bundesangelegenheiten und Medien**

7. Sitzung  
4. Mai 2022

Beginn: 09.39 Uhr  
Schluss: 10.44 Uhr  
Vorsitz: Derya Çağlar (SPD)

#### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

#### Punkt 1 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –  
Drucksache 19/0200

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von  
Berlin für die Haushaltsjahre 2022 und 2023  
(Haushaltsgesetz 2022/2023 – HG 22/23)  
Hier: Einzelplan 03 Kapitel 0300 und 0309  
(auf Drucksache 19/0200-Anlage)**

[0020](#)  
EnBuMe  
Haupt(f)

– 2. Lesung –

#### In die Beratung werden einbezogen:

Sammelvorlage RBm – Skzl  
ZS B – vom 19.04.2022  
**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1.  
Lesung des Ausschusses für Engagement,  
Bundesangelegenheiten und Medien**  
Haushaltsberatung 2022/2023 – Ausschuss EnBuMe  
Einzelplan 03 Kapitel 0300 und 0309

[0020-01](#)  
EnBuMe

Bericht RBm – Skzl – ZS B 11 – vom 28.12.2021  
Rote Nummer 0110  
**Deutsche Film- und Fernsehakademie  
Wirtschaftsplan 2022**  
gemäß Auflage A. 6 – Drucksache 18/2400 zum  
Haushalt 2020/21

[0020-02](#)  
EnBuMe

Austauschfassung zur roten Nummer 0111  
Rote Nummer 0111-1  
**Bericht RBm – Skzl – ZS B 11 – vom 28.12.2021**  
**Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH**  
**Wirtschaftsplan 2022**

[0020-03](#)  
EnBuMe

**Derya Çağlar (SPD)** verweist auf den dem Ausschuss vorliegenden Einzelplan 03, Kapitel 0300 und Kapitel 0309, die Sammelvorlage des Senats mit insgesamt 26 Berichten, die am 19. April 2022 übermittelt worden sei, die Änderungsanträge der Koalitionsfraktion, der Fraktion der CDU und der AfD-Fraktion, die Synopse mit den Ergebnissen aus der ersten Lesung und allen Änderungsanträgen der Fraktionen. Die Synopse sei auch auf der Website des Abgeordnetenhauses, Vorgangsnummer 0020, abrufbar. Die Regierende Bürgermeisterin habe die Schwerpunkte des Einzelplans bereits im Rahmen der ersten Lesung vorgestellt

#### Generalaussprache

**Christian Goiny (CDU)** führt aus, er sei mit vielen sich im Einzelplan wiederfindenden Punkten der Regierenden Bürgermeisterin, die Medienpolitik betreffend, durchaus einverstanden. Mit den drei Koalitionsfraktionen seien in der Vergangenheit etliche Punkte gemeinsam entwickelt und beschlossen worden. An dieser Stelle wolle er sich für die gute und sachliche Zusammenarbeit bedanken. Es gebe noch genügend Themen und Ansätze, für die Medienpolitik in dieser Stadt gemeinsam noch etwas fortzusetzen. Über die noch vorhandenen kritischen Bereiche sei bereits diskutiert worden, wie der Filmstandort wettbewerbsfähig gehalten werden könne, welche Ressourcen dem Medienboard zur Verfügung gestellt werden müssten, wie es gelinge, die Kinolandschaft zu erhalten, was für den Bereich der Games-Branche getan werden könne. Das Thema DFFB sei von Relevanz, natürlich auch die Frage, wie die Medienanstalt Berlin-Brandenburg, die sich vor neue Herausforderungen gestellt sehe, in die Lage versetzt werden könne, diese Aufgaben auch zu erfüllen. Diese Aufgaben könnten nicht einfach nur mit einem Doppelhaushalt in zwei Jahren gelöst werden; es sei ein Projekt für diese Wahlperiode. Den meisten Änderungsanträgen der Koalitionsfraktionen könne daher auch zugestimmt werden.

Etwas kritischer sehe er zum einen die Organisation der Koordinierungsstelle für Filmdreh; diesbezüglich habe er Diskussionsbedarf. Den Ausgleich für den erhöhten Zuschuss für die mabb – dazu gebe es von den Koalitionsfraktion noch einen Antrag – würde er haushaltstechnisch anders gestalten wollen, weil nach dem Änderungsantrag nunmehr eine Finanzierung aus dem Budget des Medienboards erfolgen solle. Seine Fraktion hingegen habe einen neutralen Ausgleich schaffen wollen. Diesem habe die Senatskanzlei mit dem Entwurf, indem er den Ansatz für das Medienboard erhöht habe, Rechnung getragen. Wenn aber nun innerhalb des erhöhten Ansatzes eine Korrektur vorgenommen werde, gehe dies zulasten des Budgets

des Medienboards. Dies entspreche nicht dem Stand der bisherigen Diskussionen, könne aber gegebenenfalls im Hauptausschuss noch einmal korrigiert werden. Insofern könne diesem Änderungsantrag der Koalitionsfraktion nicht zugestimmt werden.

**Danny Freymark** (CDU) trägt vor, beim Thema bürgerschaftliches Engagement gebe es überschaubare Bereiche, die monetär unterlegt würden. Insbesondere der Aufwuchs bei den Maßnahmen zur Förderung für bürgerschaftliches Engagement sei ein richtiger und guter Schritt. Durch die Erläuterung werde deutlich, wie vielfältig versucht werde, dieses Engagement insbesondere nach Corona wieder zum Leben zu erwecken, vielleicht auch mit neueren Ideen aufzuwarten. Mit dem Aufwuchs gelinge es, die Frage der Räumlichkeiten für sozial Engagierte, für Vereine, für Freiwillige im Fokus zu behalten. Zweiter Aspekt sei die soziale Komponente des Haushalts. Er stelle immer wieder fest, dass das Engagement nicht so stark ausgeprägt sei in Bereichen, wo der Sozialstrukturatlas stärker rot gekennzeichnet sei. Er hoffe, dass es gelinge, mit diesem Aufwuchs auch dorthin zu gehen, wo vielleicht vermutlich weniger Engagierte warteten, aber mehr Menschen dadurch gewonnen werden könnten, dass eine entsprechende Ansprache gefunden würde. In Bezug auf junge Menschen sei das Engagement noch etwas defizitär, was die Möglichkeit von Beteiligungen betreffe. Er verbinde mit jungen Menschen auch die Möglichkeit von Engagement, von Jugendfeuerwehr, über politisches Engagement. Die echte Beteiligung sei aber noch nicht verstetigt; es gebe weder ein Kinder- und Jugendparlamente in Berlin, noch einen Jugendhaushalt. Im Kleinen gebe es das mit dem Schülerhaushalt, der aber aus bezirklichen Mitteln finanziert werde.

**Melanie Kühnemann-Grunow** (SPD) konstatiert, es werde ein im Vergleich relativ kleiner Haushalt verhandelt mit insgesamt etwa 80 Millionen Euro, der aber nicht unterschätzt werden dürfe. Die Regierenden Bürgermeisterin und mit ihr die Senatskanzlei hätten die Aufgabe zur Repräsentation des Lande. Sie sei zuständig für das ehrenamtliche Engagement und für Medien, aber auch für ressourcenübergreifende Fragen. Zu den im Einzelplan 03 vorhandenen Mitteln kämen Mittel, die gar nicht in diesem Einzelplan veranschlagt seien, sondern beispielsweise im Haushalt der Senatsverwaltung für Wirtschaft verankert seien, beispielsweise die VFX-Förderung. Mit dem Doppelhaushalt würde den Herausforderungen der Film- und Medienhauptstadt Berlin sehr gerecht. Berlin befinde sich in einer fast post-Coronaphase. Es gebe viele Lockerungen, dennoch sei die Medienlandschaft in den vergangenen zwei Jahren vor allem durch Corona geprägt gewesen; die Landschaft habe sich verändert.

Die DFFB sei eine Herzensangelegenheit für die Koalition. Sie stehe für gute Ausbildung. Die Filmakademie sei unabdingbar für den Filmstandort Berlin, weshalb das Augenmerk auch auf dem Umzug liege. Die Akademie brauche modernste Technik, Personal auf dem Stand der Zeit und einen Standort, der nicht nur Ausbildungsort sei, sondern auch als Kulturort für die Stadt wirke. Auch sei entschieden worden, mit dem Haushalt die European Film Academy nachhaltig zu fördern. Weiterer Schwerpunkt seien auch die Städtenetzwerke und die guten Kontakte, die es zu den Filmfestivals gebe, beispielsweise zu Thessaloniki, wo es fraktionsübergreifend gute Kontakte gebe. Es sei sehr wichtig, dass sich Berlin mit anderen Standorten vernetzte. Zum Medienboard habe Abg. Goiny schon ausgeführt. Der Senat habe bereits in den vergangenen Jahren bewiesen, dass der Schritt der Gründung des Medienboards und damit einen wichtigen Partner zu haben, wenn es um den Film- und Medienstandorts gehe und wichtige Projekte zu realisieren seien, richtig gewesen sei. Inzwischen gebe es viele internationale Produktionen, die sich für Berlin entschieden. Es sei auch Werbung für die Stadt. Unabhängig von den Blockbustern oder hochqualitativen Serien würden durch das Medienboard

auch sehr viele kleine Filmprojekte im Bereich Dokumentarfilm etc. gefördert. Sie begrüße, dass die Regierende Bürgermeisterin das Konzept Filmfreundliche Stadt forcieren. Die One-Stop-Agency sei sehr wichtig. Filmförderung sei auch Kulturförderung und Einnahmequelle. Es würden klare Ansprechpartner benötigt und die Einbindung unterschiedlicher Ressorts. Berlin sei ein starker Medienstandort; es gebe eine immense Medienvielfalt in der Stadt. Medienvielfalt bedeute auch, dass es einen Aufwuchs der Aufgaben bei der Landesmedienanstalt gebe. Die Landesmedienanstalt sei vor allem auch Hüterin betreffend journalistische Sorgfaltspflichten; sie erinnere an das Verfahren um Russia Today. Daher werde auch eine Kürzung des Vorwegabzuges gewünscht, um eine Stärkung zu bewirken. ALEX TV sei eine wesentliche Stütze des Lokaljournalismus, auch der freien Radios, die auch am Herzen lägen. All dieses trage dazu bei, dass viele Potenziale der Meinungsvielfalt und Informationskompetenz in Berlin in Berlin gehoben werden könnten.

**Dunja Wolff** (SPD) dankt einleitend den Koalitionspartnern für den guten Austausch. Dem zumindest die Seitenzahl des Haushalts betreffenden scheinbar überschaubar wirkenden bürgerschaftlichen Engagement stünden über 1,2 Millionen Menschen gegenüber, Jung und Alt, generationsübergreifend, die sich unentgeltlich und freiwillig engagierten. Sie sei allen Menschen unendlich dankbar, weil gerade in dieser Zeit das Engagement wirklich gebraucht worden sei und weiterhin gebraucht werde. Wichtig sei daher, dass sich die Anerkennungskultur in diesem Haushalt abbilde, gestärkt bleibe und weiterentwickelt werde beispielsweise durch die Ehrenamtskarte. Die Anerkennung sei wichtiger Aspekt, auch, den Rücken frei zu halten, indem auch in der Senatskanzlei angegangen werde, dass es ein Landesnetzwerk gebe, eine hauptamtliche Stelle, die sich mit um die Vernetzung kümmern könne. Die aktuelle Situation habe gezeigt, wie wichtig die Vernetzung sei, um helfen zu können. Sie sei erstaunt, wie viele junge Menschen sich in der Coronaphase in Vereine begeben hätten. Dies bedeute, Räume freizuhalten. Es müsse immer wieder klargemacht werden, dass es darum gehe, den Rücken für die Unterstützenden frei zu halten in dem Bewusstsein, dass der eigene Rücken schon die ganze Zeit stark freigehalten werde.

**Jeannette Auricht** (AfD) äußert, deutliche Kritik an dem Haushalt üben zu müssen. Es gebe eine grundsätzlich andere Haltung zur Schwerpunktsetzung und den großen Linien in diesem Haushaltsplan. Bei der Betrachtung jedes einzelnen Punktes sei stets auch der Steuerzahler im Blick. Es gebe auch einen kritischen Blick auf das Ausufern eines Versorgungshaushaltes für die eigene Klientel. Als Opposition sei der Rotstift oft gerade auch beim Ehrenamt angesetzt worden, denn die AfD habe grundsätzlich ein anderes Verständnis von Bürgerbeteiligung, Freiwilligenarbeit und Mitbestimmung. Echtes Ehrenamt und echte Freiwilligenarbeit erfolge tatsächlich ehrenamtlich und freiwillig. Sie würden in der Regel nicht staatlich vorgesetzt, gesteuert oder gelenkt. Die AfD käme auch niemals auf die Idee, aus dem Ehrenamt eine ganze Branche zu kreieren aus Behörden, Institutionen, Posten und Stellen. An dieser Stelle sei konsequenterweise auch viel gestrichen worden. Aus dem Verständnis der AfD heraus sei echte Bürgerbeteiligung, dass sämtliche politische Meinungen oder sämtliche Bürgerinitiativen gleichermaßen behandelt und nicht unterschieden werde in gutes oder weniger gutes Ehrenamt und das nicht ausschließlich die eigene politische Klientel und Meinung immer wieder fördere. Eine echte Bürgerbeteiligung würde aus Sicht ihrer Fraktion Volksentscheide ernst nehmen und umsetzen wie beispielsweise den Bürgerentscheid in Tegel. Die hier in Berlin betriebene Partizipationspolitik sei eher ein politisches Programm zur Begünstigung ideologisch Wohlgesonnener aus dem eigenen Kreis.

Die Film- und Fernsehbranche habe sich auch eher zu einer ideologischen Branche entwickelt. Fördermittel seien den Film- und Fernsehmachern sicher, vorausgesetzt die Darsteller und die Darstellungsform huldigten dem politischen Zeitgeist. Daher könnte dem Medienboard und anderen nicht noch mehr Geld zugebilligt werden. Ihre Fraktion sehe eher eine sinnvolle Investition in Bereicherung wie Bildung, Wissenschaft und Forschung. Dort solle zukünftig mehr Geld im Sinne der künftigen Generationen, der Steuerzahler und Steuerzahlerinnen dieser Stadt investiert werden.

**Dr. Susanna Kahlefeld** (GRÜNE) trägt vor, auch sie sei zufrieden mit den Ansätzen im Bereich Engagement. In der letzten Legislaturperiode habe sie intensiv an der Erarbeitung der Engagementstrategie mitgearbeitet. Sie habe darauf geachtet, ob die guten Forderungen, Maßnahmen und Ideen, die seinerzeit – es sei ein breiter gesellschaftlicher Prozess gewesen, der, aufgebaut auf langjähriger Vorarbeit, mit der fachkundigen Zivilgesellschaft entwickelt worden sei – zusammengefasst worden seien, in diesem Haushalt trotz Corona und einem Wechsel der Zuständigkeiten die Möglichkeiten böten, diese Maßnahmen umzusetzen, und es sei tatsächlich so. Eine Strategie zu haben sei gegenüber den früheren Jahren ein großer Fortschritt, weil es nicht nur eine Verständigung auf ein Verständnis von Engagement gegeben habe, sondern einzelne Dinge tatsächlich festgeschrieben worden seien, für die Politik tatsächlich zuständig sei. Beteiligung spiele in dem Haushalt eine nicht so große Rolle. Die notwendigen Unterstützungen für Bürger- und Bürgerinnenbeteiligung seien im Haushalt eingestellt. So werde [mein.berlin.de](http://mein.berlin.de) weiterbearbeitet. Das sehr gute Projekt „Digital Vereint“ solle weiter verstetigt werden. Es werde auch über eine gemeinwohlorientierte Netzwerkarbeit wie SoNaTe gesprochen werden können. Es gebe sogar Mittel zur Anschubfinanzierung von Bürger- und Bürgerinnenräte anzuschieben. Die Veranstaltungen würden weitergeführt beispielsweise der Demokratietag. Sie begrüße, dass es neu eine Engagementkonferenz geben werde, bei der es nicht nur um Feiern gehe, sondern auch darum, ins Gespräch zu kommen zur Weiterentwicklung. Sie begrüße, dass aus dem Haushalt heraus die Freiwilligenagenturen Hilfe zur Weiterentwicklung erhielten. Sie begrüße auch, dass die Europäische Akademie weiterfinanziert werde.

**Gollaleh Ahmadi** (GRÜNE) begrüßt, dass der Haushaltsentwurf vieles Wichtige berücksichtigt habe, was sich nicht nur in Zahlen abbilde. Damit Berlin in Zeiten von Klimawandel, Coronakrisenfolgen ein offener Ort für alle bleibe, würden Austausch, Vernetzung und Dialog benötigt. Die Berliner Filmförderung verstehe sich aktuell in einem internationalen Netz, bringe Produktionen in die Stadt, fokussiere den Stellenwert des deutschen Films und setze Berlin als Symbol ins Bild. Sie solle Fördergerechtigkeit herstellen, aber auch bei der Entwicklung und Einhaltung einheitlicher Standards für nachhaltige Filmproduktionen mitwirken. Berlin sei Filmstandort Nummer 1, solle besser werden, um es zu bleiben. Deshalb müsse Sorge dafür getragen werden, dass Berlinerinnen und Berliner Teil hätten am vielfältigen Filmschaffen. Auch daher seien die Filmfestivals sehr wichtig. Es werde eine Förderung für neue junge Formate benötigt. Etablierten Filmfestivals solle Sicherheit gegeben werden. Dies sei Auftrag an das Medienboard. Das Human Rights Filmfestival stehe beispielhaft für diesen Förderansatzes. Das Dokumentarfilmfestival, das Demokratie, Menschenrechte, Aktivistinnen und Aktivisten sowie Filmschaffende fördere, stehe beispielhaft dafür, was Filmfestivals leisteten. Zum Filmstandort Nummer 1 gehöre auch die digitale Filmförderung, die weiter gefördert und gesichert werde. Das Stichwort Vernetzung werde mit dem Haushalt ernst genommen. Der Senat solle die Filmfestivalstädte enger zusammenschließen. Berlin solle mit der Berlinale und dem Human Rights Filmfestival ein großes Kinofest feiern, mit den Berlinerinnen

nen und Berlinern ins Gespräch kommen, Ideen und Perspektiven austauschen. Es werde die One Step Solution für Drehgenehmigungen benötigt, eine Anlaufstelle gut erreichbar und vernetzt. Es werde auch eine zukunftsfähige Medienanstalt benötigt, Regulierungen der Angebote, Reaktionen auf Hass, Verleumdung und Hatespeech, Förderung von Medienvielfalt, Lokaljournalismus etc. Für die Verhandlung der Staatsverträge sei daher wichtig, finanziell zu ihrer Modernisierung beizutragen.

**Stefan Förster** (FDP) bemerkt, aus Zeitgründen seinen Redebeitrag zurückzuziehen. Er habe keine grundsätzlich gegenteiligen Anmerkungen zu den Äußerungen von Abgeordneten der CDU, SPD und Grünen.

**Elke Breitenbach** (LINKE) bemerkt positiv zum Hinweis von Abg. Förster, dies belege, dass an vielen Punkten gut zusammengearbeitet werde. Sie teile auch die Äußerungen zur Engagementstrategie und sei sehr zufrieden, dass diese in dieser Legislaturperiode umgesetzt werde. Weitere Herausforderungen seien Räumlichkeiten. Viele Menschen schlossen sich selbstorganisiert kurzfristig zusammen, nicht in Wohlfahrtsverbänden, nicht in Vereinen. Es seien Strukturen entstanden, von denen noch nicht ganz klar sei, wie damit umgegangen werden könne. Es müsse immer wieder deutlich gemacht werden, wie wichtig Ehrenamt und zivilgesellschaftliches Engagement seien auch in Form von Anerkennung. Anerkennung sei wichtig, aber nicht alles. Es würden Formate von Partizipation benötigt. Es sei immer wieder zu beobachten, dass es Konflikte gebe und wie schwer sich auch Verwaltung mit zivilgesellschaftlichen Strukturen tue. Die Engagementkonferenzen böten neue Möglichkeiten, auf aktuelle Herausforderungen und Fragen zu reagieren, in einen Austausch zu gehen und umzusteuern. Zivilgesellschaftliche Strukturen und ehrenamtliches Engagement seien vielfältig und nutzten allen Menschen in dieser Stadt. Alle in diesem Bereich investierten Mittel seien gut angelegt.

**Dr. Alexander King** (LINKE) knüpft an, weil auch im Medienbereich gelte, dass die vorgesehenen Aufwüchse angemessen und notwendig seien, gerade wenn es keine elitäre Kultur geben solle, sondern eine Kultur, die sich an die Breite der Bevölkerung richte und Angebote schaffe, die für alle gleichermaßen interessant seien. Dafür würden Ausbildungen auf höchstem technischen Niveau benötigt und die entsprechende technische Ertüchtigung in der DFFB. Deswegen sei die Ansatzserhöhung dort wichtig. Gleiches gelte für das Medienboard, das Filme fördere, die eine große Breitenwirkung erzielten. Er begrüße, dass bestimmte Vorgaben durch das Medienboard für Dokumentar-, Kinder-, Animations- und künstlerische Filme sowie die Festivals etabliert würden. Ein paar kleine Änderungen würden noch vorgestellt. Vor allem gehe es darum, dass transparenter und klarer werde, nach welchen Kriterien Förderung erfolge. Wichtig sei der Schritt zur Reduktion des Vorwegabzug, um auch die Landesmedienanstalt zu stärken. Schließlich sei es wichtig, die Förderung freier Radios, die vor einigen Jahren erstmals im Haushalt verankert worden sei, wieder im Haushalt vorzusehen.

**Staatssekretär Dr. Severin Fischer** (SKzl) dankt einleitend für die Diskussionen und Gespräche in den vergangenen Tagen und Wochen; er schätze die konstruktive Atmosphäre im Ausschuss sehr. Dies zeige sich auch, dass bei dem Haushaltsplanentwurf mit den Änderungsanträgen in konstruktiver Art und Weise vorgegangen werde. In den vielen Gesprächen der vergangenen Wochen sowohl im Medienbereich als auch im Engagementbereich habe er eine positive Resonanz auf den Haushaltsplanentwurf erfahren; es gebe viel Bestätigung für die gesetzten Schwerpunkte. Die Ereignisse der vergangenen Wochen verdeutlichten die Notwendigkeit, den Haushaltsansatz für das bürgerschaftliche Engagement zu unterstützen.

Im Roten Rathaus gebe es am 15. Mai 2022 noch einmal eine Veranstaltung für die Engagierten. Für den Medienbereich verhalte es sich ähnlich. Es seien jetzt wieder Präsenzveranstaltungen, Festivals möglich. Es habe einen guten Auftakt mit der Berlinale gegeben, zuletzt auch beim Achtung Berlin Filmfestival, die zeigten, wie wichtig es für Kunst und Kultur sei, Veranstaltungen durchführen zu können.

**Vorsitzende Derya Çağlar** stellt für den Ausschuss den Abschluss der Generaldebatte fest.

### **Einzelplan 03**

#### **Kapitel 0300 – Senatskanzlei**

#### **Kapitel 0309 – Senatskanzlei - Personalüberhang -**

##### **titelübergreifend**

Bericht lfd. Nr. 1, Sammelvorlage S. 2-3,  
Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und  
Fraktion Die Linke

**Elke Breitenbach** (LINKE) erklärt, die Frage sei mit dem Bericht der Sammelvorlage nicht beantwortet. Bei der Frage nach den Diversitätsstandards bleibe viel offen; dies gelte auch für andere Einzelpläne. Es gebe ein Partizipations- und Migrationsgesetz, das auf die Umsetzung warte. Dazu sei im Hauptbeschluss noch ein weiterer Bericht zum Ende des Jahres angefordert worden. Ähnliches gelte für die Frage der Verbesserung von Familie, Pflege und Berufstätigkeit. Dies sei bislang unzufrieden. Es werde über Fachkräfte gesprochen und darüber, wie Personal rekrutiert werden könnte, dabei würden die zentralen Bereiche stiefmütterlich behandelt. Es gebe noch viel Spielraum, sie hoffe aber, dass sich der Thematik angemessen angenommen werde.

##### **titelübergreifend**

#### **u. a. Titel 54302 – Aufwendungen für die Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg**

Bericht lfd. Nr. 2, Sammelvorlage S. 4,  
Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und  
Fraktion Die Linke

Keine Wortmeldungen.

##### **titelübergreifend**

Bericht lfd. Nr. 3, Sammelvorlage S. 5,  
Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und  
Fraktion Die Linke

**Dr. Susanna Kahlefeld** (GRÜNE) äußert, die Antwort sei unkonkret. Das Parlament müsse ein waches Auge darauf haben, dass wirklich umgesetzt werde, da das Gesetz so, wie es verabschiedet worden sei, umsetzbar sei.

**titelübergreifend zu**

**Titel 23190 – Zweckgebundene Einnahmen vom Bund für konsumtive Zwecke**

**Titel 42231 – Bezüge der Beamtinnen und Beamten (Fremdfinanzierung)**

**Titel 42831 – Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten (Fremdfinanzierung/Zweckbindung/Ausgleichsabgabe)**

**Titel 54690 – Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen**

**Titel 68590 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland aus zweckgebundenen Einnahmen**

**Titel 89361 – Investive Zuschüsse im Rahmen des Modellprojekts Smart City**

Bericht lfd. Nr. 4, Sammelvorlage S. 6-10,  
Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und  
Fraktion Die Linke

Keine Wortmeldungen.

**Kapitel 0300 – Senatskanzlei**

**Titel 11960 – Einnahmen aus dem Betrieb der Top Level-Domain "berlin"**

Bericht lfd. Nr. 7, Sammelvorlage S. 14,  
Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und  
Fraktion Die Linke

Keine Wortmeldungen.

**Titel 51101 – Geschäftsbedarf**

Titel wurde zurückgestellt.

Ansatz 2022: 208.000 Euro  
Ansatz 2023: 188.000 Euro

Änderungsantrag lfd. Nr. 1, Fraktion der SPD,  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und  
der Fraktion Die Linke

2022: - 50.000 Euro

2023: -

**Melanie Kühnemann-Grunow** (SPD) erklärt, es handle sich um eine Gegenfinanzierung.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zuzustimmen.



## **Titel 52610 – Gutachten**

Bericht lfd. Nr. 8, Sammelvorlage S. 14-17,  
Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und  
Fraktion Die Linke

Keine Wortmeldungen.

Ansatz 2022: 747.000 Euro  
Ansatz 2023: 1.061.000 Euro  
VE 2022: 1.400.000 Euro  
VE 2023: 1.400.000 Euro

Änderungsantrag lfd. Nr. 2, Fraktion der SPD,  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und  
der Fraktion Die Linke

2022: - 57.000 Euro  
2023: - 57.000 Euro

**Melanie Kühnemann-Grunow** (SPD) erklärt, es handle sich um eine Gegenfinanzierung.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zuzustimmen.

## **Titel 53102 – Berlin-Informationen**

**i. V. m.**

### **Titel 53101 – Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit**

Bericht lfd. Nr. 9, Sammelvorlage S. 18-19,  
Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und  
Fraktion Die Linke

Keine Wortmeldungen.

## **Titel 53103 – Empfänge, Feierlichkeiten**

Bericht lfd. Nr. 10, Sammelvorlage S. 20-32,  
Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und  
Fraktion Die Linke

Keine Wortmeldungen.

## **Titel 53111 – Ausschreibungen, Bekanntmachungen**

Ansatz 2022: 14.200 Euro  
Ansatz 2023: 14.200 Euro

Änderungsantrag lfd. Nr. 1, Fraktion der AfD

2022: - 14.200 Euro

2023: - 14.200 Euro

a) Begründung zum Änderungsantrag:

Persönliche Eigenschaften wie Geschlecht, Hautfarbe oder Herkunft dürfen bei der Einstellung keine Rolle spielen.

b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan:

Der Titel entfällt.

**Jeannette Auricht** (AfD) verweist auf die Begründung ihres Änderungsantrags in der Synopse.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag der AfD-Fraktion abzulehnen.

**Titel 53118 – Auswärtige Städteverbindungen**

Bericht lfd. Nr. 11, Sammelvorlage S. 33-34,  
Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und  
Fraktion Die Linke

Keine Wortmeldungen.

Bericht lfd. Nr. 11, Sammelvorlage S. 33-34, Fraktion der AfD

Keine Wortmeldungen.

Ansatz 2022: 195.000 Euro

Ansatz 2023: 195.000 Euro

Änderungsantrag lfd. Nr. 3, Fraktion der SPD,  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und  
der Fraktion Die Linke

2022: + 57.000 Euro

2023: + 57.000 Euro

a) Begründung zum Änderungsantrag:

Fortschreibung

b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan:

Mittel i. H. v. 57.000 Euro ab 2022 sind auch für die Vernetzung internationaler Filmfestivals vorgesehen

**Melanie Kühnemann-Grunow** (SPD) erklärt, die Vernetzung der Internationalen Filmfestivals liege der Koalition sehr am Herzen. Aus diesem Grund werde eine Ansatzserhöhung beantragt.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zuzustimmen.

### **Titel 54010 – Dienstleistungen**

Bericht lfd. Nr. 12, Sammelvorlage S. 35-37,  
Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und  
Fraktion Die Linke

Keine Wortmeldungen.

Bericht lfd. Nr. 12, Sammelvorlage S. 35-37, Fraktion der AfD

Keine Wortmeldungen.

Ansatz 2022: 2.539.000 Euro

Ansatz 2023: 5.539.000 Euro

Änderungsantrag lfd. Nr. 2, Fraktion der AfD

2022: - 1.000.000 Euro

2023: - 1.000.000 Euro

a) Begründung zum Änderungsantrag:

TA: Anteil Berlins am Aufwendungsersatz für den Betrieb der Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH

Die positiven Effekte der Filmförderung werden allgemein über- und die negativen Effekte (Marktverzerrung) unterschätzt. Im Rahmen der Filmförderung stehen politisch korrekte Vorgaben wie gender- und identitätsideologische Aspekte im Vordergrund. Das schränkt die künstlerische Freiheit ein und führt zu Monotonie statt Vielfalt.

b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan:

Der TA wird reduziert

Der **Ausschuss** beschließt ohne weitere Aussprache, den Änderungsantrag der AfD-Fraktion abzulehnen.

Änderungsantrag lfd. Nr. 4, Fraktion der SPD,  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und  
der Fraktion Die Linke

2022: - 10.000 Euro

2023: - 60.000 Euro

Kürzung TA 4 Euro

Ansatz 2022: 79.000 Euro

Ansatz 2023: 29.000 Euro

- a) Begründung zum Änderungsantrag:  
Gegenfinanzierung
- b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan:  
Anpassung der Tabelle

Der **Ausschuss** beschließt ohne weitere Aussprache, dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zuzustimmen.

### **Titel 54611 – Kommunikation Hauptstadtmarke**

Bericht lfd. Nr. 13, Sammelvorlage S. 38-41,  
Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und  
Fraktion Die Linke

Keine Wortmeldungen.

### **Titel 54612 – Maßnahmen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements**

Bericht lfd. Nr. 14, Sammelvorlage S. 42-47,  
Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und  
Fraktion Die Linke

Keine Wortmeldungen.

Bericht lfd. Nr. 14, Sammelvorlage S. 42-47, CDU-Fraktion

Keine Wortmeldungen.

Bericht lfd. Nr. 14, Sammelvorlage S. 42-47, Fraktion der AfD

Keine Wortmeldungen.

Ansatz 2022: 825.000 Euro  
Ansatz 2023: 935.000 Euro  
VE 2022: 935.000 Euro  
VE 2023: 500.000 Euro

Änderungsantrag lfd. Nr. , Fraktion der AfD

2022: - 500.000 Euro  
2023: - 500.000 Euro

- a) Begründung zum Änderungsantrag: Der Ausbau direktdemokratischer Elemente und die Berücksichtigung des Bürgerwillens bei kontroversen Themen (v. a. Flüchtlinge, EU, Gendersprache etc.) sind zielführender als inszenierte Partizipation zu

vorgekauften Themenkomplexen und unter Begünstigung von Klientelpartnern. Der Unternehmenspreis soll bestehen bleiben. Der Engagementpreis wird mit dem Aktionstag „Berlin sagt Danke!“ verbunden. Die Ehrenamtskarte soll bestehen bleiben. Der Nutzen der Studien ist nicht zu erkennen. Der #Farbenbekennen-Award wird ebenfalls gestrichen, da der Nutzen nicht zu erkennen ist. Die Mittel für das Engagementportal bürgeraktiv und mein.berlin werden komplett gestrichen, da der Nutzen nicht erkennbar ist. FDP

b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan - „Berlin sagt Danke!“ wird mit einem Engagementpreis in H. von 25.000 Euro verbunden. Dadurch steigen die Mittel für „Berlin sagt Danke!“ um 25.000 Euro auf insgesamt 225.000 Euro. - Ein Unternehmenspreis i. H. von 50.000 Euro ist zu vergeben. - Die Ehrenamtskarte bleibt bestehen und wird 2022 mit Mitteln i. H. von 50.000 Euro und 2023 mit Mitteln i. H. von 160.000 Euro gefördert. - Der #Farbenbekennen-Award entfällt. Mittel i. H. von 100.000 Euro werden frei. - Das Engagementportal bürgeraktiv entfällt. Mittel i. H. von 75.000 Euro werden frei. - mein.berlin entfällt. Mittel i. H. von 150.000 Euro werden frei.

Der **Ausschuss** beschließt ohne weitere Aussprache, den Änderungsantrag der AfD-Fraktion abzulehnen.

#### **Titel 54614 – WLAN-Initiativen der Senatskanzlei**

Bericht lfd. Nr. 15, Sammelvorlage S. 48-50,  
Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und  
Fraktion Die Linke

Bericht lfd. Nr. 15, Sammelvorlage S. 48-50, CDU-Fraktion

Keine Wortmeldungen.

#### **Titel 54690 – Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen**

Bericht lfd. Nr. 16, Sammelvorlage S. 51-54,  
Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und  
Fraktion Die Linke

Keine Wortmeldungen.

#### **Titel 68112 – Heilverfahren und Hausgeld für Berechtigte im Inland**

Bericht lfd. Nr. 17, Sammelvorlage S. 55, CDU-Fraktion

Keine Wortmeldungen.

## **Titel 68207 – Zuschuss an die Deutsche Film- und Fernsehakademie**

Bericht lfd. Nr. 18, Sammelvorlage S. 56-61,  
Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und  
Fraktion Die Linke

Keine Wortmeldungen.

Bericht lfd. Nr. 18, Sammelvorlage S. 56-61, CDU-Fraktion

Keine Wortmeldungen.

Ansatz 2022: 6.590.000 Euro  
Ansatz 2023: 7.990.000 Euro  
VE 2022: 9.931.000 Euro  
VE 2023: 200.000 Euro

Änderungsantrag lfd. Nr. 4, Fraktion der AfD

2022: +/- 0

2023: +/- 0

a) Begründung zum Änderungsantrag: Aktuell beziffern sich die Kosten eines Studienplatzes an der DFFB auf etwa 27.000 Euro pro Jahr. Daher soll die DFFB Entgelt für das Studium verlangen. Das ist an anderen Filmschulen in Deutschland auch der Fall.

b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan: Die Förder-summe wird in Höhe v. 10% gesperrt. Die Sperre soll aufgehoben wer-den, sobald die DFFB ein Konzept vorlegt, das die Erhebung von Studiengeldern beinhaltet.

Der **Ausschuss** beschließt ohne weitere Beratung, den Änderungsantrag der AfD-Fraktion abzulehnen.

## **Titel 68230 – Zuschuss CityLAB**

Bericht lfd. Nr. 19, Sammelvorlage S. 62-69,  
Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und  
Fraktion Die Linke

Keine Wortmeldungen.

Bericht lfd. Nr. 19, Sammelvorlage S. 62-69, Fraktion der AfD

Ansatz 2022: 1.700.000 Euro  
Ansatz 2023: 2.000.000 Euro  
VE 2022: 1.500.000 Euro  
VE 2023: 2.000.000 Euro

Keine Wortmeldungen.

Änderungsantrag lfd. Nr. 5, Fraktion der AfD

2022: - 1.700.000 Euro

2023: - 2.000.000 Euro

a) Begründung zum Änderungsantrag: Die hier beschriebenen Projekte überzeugen nicht, wenngleich die Modernisierung der Verwaltung und das Gießen von Stadtbäumen sinnvoll erscheinen. Für beide Zwecke können aber andere Akteure herangezogen werden.

b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan: Der Titel entfällt

Der **Ausschuss** beschließt ohne weitere Aussprache, den Änderungsantrag der AfD-Fraktion abzulehnen.

**Titel 68324 – Zuschüsse an die Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH**

Bericht lfd. Nr. 20, Sammelvorlage S. 70-75,  
Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und  
Fraktion Die Linke

Keine Wortmeldungen.

Bericht lfd. Nr. . 20, Sammelvorlage S. 70-75, CDU-Fraktion

Keine Wortmeldungen.

Bericht lfd. Nr. 20, Sammelvorlage S. 70-75, Fraktion der AfD

Keine Wortmeldungen.

Ansatz 2022: 17.200.000 Euro

Ansatz 2023: 17.900.000 Euro

VE 2022: 15.000.000 Euro

VE 2023: 15.000.000 Euro

Änderungsantrag lfd. Nr. 6, Fraktion der AfD

2022: - 1.720.000 Euro

2023: - 1.790.000 Euro

a) Begründung zum Änderungsantrag: Die positiven Effekte der Filmförderung werden allgemein über- und die negativen Effekte (Marktverzerrung) unterschätzt. Im Rahmen der Filmförderung stehen politisch korrekte Vorgaben wie gender- und

identitätsideologische Aspekte im Vordergrund. Das schränkt die künstlerische Freiheit ein und führt zu Monotonie statt Vielfalt.

Ich b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan:  
Der Titel wird um 10% reduziert.

Der **Ausschuss** beschließt ohne weitere Aussprache, den Änderungsantrag der AfD-Fraktion abzulehnen.

Änderungsantrag lfd. Nr. 1, CDU-Fraktion

2022: + 500.000 Euro

2023: + 500.000 Euro

a) Begründung zum Änderungsantrag: Die Weiterentwicklung der Digitalen Filmproduktion sollte vermehrt gefördert werden, um auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Berliner Filmstandortes im Bereich der Filmherstellung mit digitalen Schlüsseltechnologien zu sichern. Die virtuelle Bildgestaltung spielt bei der Herstellung von Kinofilmen, Serien und anderen audiovisuellen Inhalten in allen Produktionsschritten eine immer größere Rolle. Deshalb Mittelzuwachs bei der Entwicklung von VFX -Visual Effects.

Der **Ausschuss** beschließt ohne weitere Aussprache, den Änderungsantrag der Fraktion der CDU abzulehnen.

Änderungsantrag lfd. Nr. 5, Fraktion der SPD,  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und  
der Fraktion Die Linke

2022: +/- 0

2023: +/- 0

b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan:

Der 5. Absatz wird wie folgt geändert: „Vom Ansatz sind bis zu 1.500.000 Euro ab 2022 für die Förderung von Kinder-, Dokumentar-, künstlerischem Film sowie Kurz- und Animationsfilm vorgesehen.

Am Ende des 6. Absatzes zu Filmfestivals wird angefügt: „Vom Ansatz sind ab 2022 mind. 100.000 Euro für das Human Rights Filmfestival vorgesehen.“ Absatz Nr. 7 wird wie folgt geändert: „Vom Ansatz sind bis zu 350.000 Euro 2023 für die Reduzierung des Vorwegabzugs vorgesehen.“ Nach Absatz Nr. 10 wird folgender Absatz neu gefasst und angefügt: „Die Senatskanzlei erarbeitet ein Konzept, welche Kriterien der Förderung von Filmfestivals zugrunde liegen.“

Der **Ausschuss** beschließt ohne weitere Aussprache, dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zuzustimmen.



## **Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen**

Bericht lfd. Nr. 21, Sammelvorlage S. 76-82,  
Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und  
Fraktion Die Linke

**Dr. Susanna Kahlefeld** (GRÜNE) verweist auf den Bericht, Seite 78, und die Frage, in welchem Titel die soziale und städtische Nachbarschaftsplattform wie „SoNaTe“ gefördert werden solle. Dabei werde auf eine andere Antwort verwiesen, die sie nicht gefunden habe. Die Information könne auch nachgereicht werden.

**Derya Çağlar** (SPD) stellt für den Ausschuss fest, dass die Verwaltung die Informationen nachliefern.

Bericht lfd. Nr. 21, Sammelvorlage S. 76-82 , CDU-Fraktion

Keine Wortmeldungen.

Bericht lfd. Nr. 21, Sammelvorlage S. 76-82, Fraktion der AfD

Ansatz 2022: 720.000 Euro  
Ansatz 2023: 1.215.000 Euro  
VE 2022: 1.000.000 Euro  
VE 2023: 500.000 Euro

Keine Wortmeldungen.

Änderungsantrag lfd. Nr. 7, Fraktion der AfD

2022: - 644.000 Euro  
2023: - 1.139.000 Euro

a) Begründung zum Änderungsantrag: Die Mittel für die TA 1, 2, 5, 6, 7 und 8 werden komplett gestrichen, da der Nutzen nicht erkennbar ist. Der Ausbau direktdemokratischer Elemente und die Berücksichtigung des Bürgerwillens bei kontroversen Themen (v. a. Flüchtlinge, EU, Gendersprache etc.) sind zielführender als inszenierte Partizipation zu vorgekauften Themenkomplexen und unter Begünstigung von Klientelpartnern.

b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan: Die Mittel der TA 3 und TA 4 sind aufrechtzuerhalten. Alle anderen TA entfallen.

Der **Ausschuss** beschließt ohne weitere Aussprache, den Änderungsantrag der AfD-Fraktion abzulehnen.

## **Titel 68535 – Zuschüsse im Rahmen der europapolitischen Öffentlichkeitsarbeit**

Bericht lfd. Nr. 22, Sammelvorlage S. 83,  
Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und  
Fraktion Die Linke

Keine Wortmeldungen.

Ansatz 2022: 600.000 Euro  
Ansatz 2023: 600.000 Euro

Änderungsantrag lfd. Nr. 8, Fraktion der AfD

2022: - 300.000 Euro  
2023: - 300.000 Euro

a) Begründung zum Änderungsantrag:

Die Wissensvermittlung über Europa, Völkerverständigung und europäische Zusammenarbeit sind zwar zu unterstützen. Nur drängt sich bei diesem Akteur – wie bei vielen anderen auch – der Ein-druck auf, dass Europa mit der EU gleichgesetzt wird und eine affirmative Haltung zur EU und ihren Institutionen propagiert werden soll. Ergebnisoffene Projekte und Diskussionen über die EU sind von vornherein ausgeschlossen. Dies widerspricht sich aber mit elementaren demokratischen, wissenschafts- und bildungspolitischen Grundprinzipien.

b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan: Eine Halbierung der Mittel ist vorgesehen. c) Haushaltsvermerke: Es wird empfohlen, den Titel zukünftig im Einzelplan 08 (Kultur und Europa) einzustellen.

Der **Ausschuss** beschließt ohne weitere Aussprache, den Änderungsantrag der AfD-Fraktion abzulehnen.

## **Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland**

Bericht lfd. Nr. 23, Sammelvorlage S. 84-90,  
Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und  
Fraktion Die Linke

Keine Wortmeldungen.

Bericht lfd. Nr. 23, Sammelvorlage S. 84-90, CDU-Fraktion

Keine Wortmeldungen.

Ansatz 2022: 2.263.000 Euro  
Ansatz 2023: 5.432.000 Euro

VE 2022: 4.969.000 Euro  
VE 2023: 500.000 Euro

Änderungsantrag lfd. Nr. 2, CDU-Fraktion

2022: +/- 0

2023: - 1.000.000 Euro

a) Begründung zum Änderungsantrag: TA 9 (Zentrale Anlaufstelle für Drehgenehmigungen): Zentrale Anlaufstelle für Drehgenehmigungen sehr sinnvoll, da aber in 2022 zunächst nur ein Gutachten erstellt wird und 2023 erst die Ausschreibung stattfindet, wird der Mittelzuwachs noch nicht benötigt.

Der Ausschuss beschließt ohne weitere Aussprache, den Änderungsantrag der Fraktion der CDU abzulehnen.

Änderungsantrag lfd. Nr. 9, Fraktion der AfD

2022: +/- 0

2023: - 500.000 Euro

a) Begründung zum Änderungsantrag: TA 10 (Zuwendungen Urania e.V.): Der massive Aufwuchs an Zuwendungen für die Urania e.V. erschließt sich nicht.

b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan: Die Verdreifachung für 2023 wird zurückgenommen.

Der Ausschuss beschließt ohne weitere Aussprache, den Änderungsantrag der AfD-Fraktion abzulehnen.

Änderungsantrag lfd. Nr. 6, Fraktion der SPD,  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und  
der Fraktion Die Linke

2022: + 60.000 Euro

2023: + 60.000 Euro

a) Begründung zum Änderungsantrag: TA 13 (neu) Förderung freier Radios

b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan: Anpassung der Tabelle TA 13 (neu) Ansatz 2022: 60.000 Ansatz 2023: 60.000

Der Ausschuss beschließt ohne weitere Aussprache, dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zuzustimmen.

**Titel 68580 – Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen für coronabedingte Ausgaben**

Bericht lfd. Nr. 24, Sammelvorlage S. 91-92,  
Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und  
Fraktion Die Linke

Keine Wortmeldungen.

Bericht lfd. Nr. 24, Sammelvorlage S. 91-92, CDU-Fraktion

Keine Wortmeldungen.

Ansatz 2022: 5.000.000 Euro

Ansatz 2023: 5.000.000 Euro

Änderungsantrag lfd. Nr. 10, Fraktion der AfD

2022: +/- 0

2023: - 5.000.000 Euro

a) Begründung zum Änderungsantrag: Es ist nicht damit zu rechnen, dass dieser Titel 2023 noch aufrechterhalten werden muss.

b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan: Der Titel entfällt ab 2023.

Der **Ausschuss** beschließt ohne weitere Aussprache, den Änderungsantrag der AfD-Fraktion abzulehnen.

**Titel 68590 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland aus zweckgebundenen Einnahmen**

Titel zurückgestellt.

Keine Wortmeldungen.

**Titel 68619 – Zuschüsse an sonstige Stiftungen**

Bericht lfd. Nr. 25, Sammelvorlage S. 93-94,  
Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und  
Fraktion Die Linke

Keine Wortmeldungen.

Bericht lfd. Nr. 25, Sammelvorlage S. 93-94, CDU-Fraktion

Keine Wortmeldungen.

Ansatz 2022: 250.000 Euro

Ansatz 2023: 250.000 Euro

VE 2022: 250.000 Euro

VE 2023: 250.000 Euro

Änderungsantrag lfd. Nr. 11, Fraktion der AfD

2022: - 250.000 Euro

2023: - 250.000 Euro

- a) Begründung zum Änderungsantrag: Der Nutzen ist nicht erkennbar. Echte Bürgerbeteiligung funktioniert anders.
- b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan: Der Titel entfällt komplett.

Der **Ausschuss** beschließt ohne weitere Aussprache, den Änderungsantrag der AfD-Fraktion abzulehnen.

**Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**

Bericht lfd. Nr. 26, Sammelvorlage S. 95, Fraktion der AfD

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** stellt die Erledigung der Berichtsaufträge fest. Es wird beschlossen, den Kapiteln 0300 und 0309 mit den zuvor beschlossenen Änderungen zuzustimmen. Es ergeht eine entsprechende Stellungnahme an den Hauptausschuss. Die durch den Hauptausschuss übermittelten Wirtschaftspläne sind damit abschließend behandelt.

Punkt 2 der Tagesordnung

**Verschiedenes**

Siehe Beschlussprotokoll.